

A6 CETA im Bundesrat ablehnen – für fairen Handel eintreten

Antragsteller*in: Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim)

Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekräftigen ihre geltende Beschlusslage auf Landes- und
2 Bundesebene zu dem geplanten Handelsabkommen der EU mit Kanada (CETA). Wir
3 lehnen das vorgelegte Abkommen ab, da – ungeachtet der erfolgten Nachbesserungen
4 beim Investitionsschutz – weiterhin die von uns angelegten Maßstäbe nicht
5 erfüllt werden.

6 Bei den anstehenden Abstimmungen im Bundestag und Bundesrat fordern wir alle
7 Mandatsträger*innen auf, gegen den vorgelegten CETA-Vertrag zu stimmen.

8 Trotz Verbesserungen gibt es weiterhin einen vom öffentlichen Rechtsweg
9 getrennten Sonderklageweg für kanadische und – über den Umweg ihrer kanadischen
10 Töchter – auch für viele US-amerikanische Konzerne und Investoren. Wir lehnen es
11 grundsätzlich ab, dass Investoren Sonderrechte erhalten. Völlig unbeachtet
12 bleiben bei diesem Rechtsinstrument zudem die Pflichten von Investoren. Hinzu
13 tritt die Benachteiligung von deutschen und europäischen gegenüber kanadischen
14 und US-amerikanischen Investoren.

15 Weiterhin wird durch CETA auch das europäische Vorsorgeprinzip gefährdet. Der
16 Grundsatz, dass nichts auf den Markt kommt, was sich potenziell gefährlich oder
17 schädlich für Mensch und Umwelt auswirkt, hat sich bewährt. Dies darf nicht
18 aufgegeben werden.

19 Nicht zuletzt ist die kommunale Daseinsvorsorge durch CETA gefährdet. Der Druck,
20 kommunal erbrachte Dienstleistungen zu privatisieren, ist mit CETA weiterhin
21 gegeben. Die von uns geforderte Positivliste, welche Dienstleistungen überhaupt
22 für eine Privatisierung denkbar sind, ist nicht enthalten. Es wird weiter der
23 Ansatz einer Negativliste verfolgt, der lediglich einige wenige Bereiche
24 ausnimmt und damit für die künftige Privatisierung neuer Dienstleistungen Tür
25 und Tor öffnet und eine öffentliche Übernahme neuer Aufgabengebiete weitgehend
26 ausschließt.

27 ***Präsident Trump macht CETA keinen Deut besser – im Gegenteil***

28 Auch ein irrlichternder Präsident Trump im Weißen Haus verändert nicht unsere
29 Bewertung des CETA-Vertrags mit Ottawa. Denn am materiellen Gehalt hat sich
30 nichts verändert. Als größter Binnenmarkt der Welt sollte und kann die EU das
31 Rückgrat haben, Bedingungen zu formulieren. Die Drohung Trumps, kanadischen
32 Produkten und Dienstleistungen den Zugang zum US-Markt durch Verteuerung zu
33 erschweren, sollte Kanada und Europa näher zusammen bringen. Transparente
34 Neuverhandlungen mit breiter öffentlicher Beteiligung wären ein guter Anfang.

35 Als wichtiges Argument gegen CETA bleibt zudem bestehen und wird noch verstärkt,
36 dass die rund 40.000 US-Konzerne durch die protektionistischen Ambitionen Trumps
37 selbst Schutz im Heimatmarkt genießen, über ihre kanadischen Töchter und CETA
38 aber selbst von einem Zugang zum EU-Markt plus exklusivem Klagerecht
39 profitieren. Das wäre einseitig zu Lasten der EU und Deutschlands und damit
40 nicht in unserem Interesse.

41 ***Verhandlungen neu starten – mit Bürger*innenbeteiligung***

42 Wir üben nicht nur Kritik am vorgelegten Vertrag, sondern insbesondere auch an
43 seinem Zustandekommen. Die Zeiten, in denen Regierungen ohne Beteiligung von
44 Volksvertretungen, der Zivilgesellschaft und direkt von Bürger*innen in geheimen
45 Runden Verträge aushandeln, sollten endlich vorbei sein.

46 Frühzeitige und begleitende, transparente und nachvollziehbare Information und
47 Beteiligung ist unumgänglich, um Verträge, die gesellschaftsverändernden
48 Charakter haben, zu legitimieren. CETA ist diesbezüglich kein bisschen besser
49 als TTIP und deshalb völlig inakzeptabel. Alle diese groben und nicht
50 tolerierbaren Mängel können nicht mehr durch kleinere Veränderungen am
51 Vertragswerk im Rahmen des Ratifikationsprozesses behoben werden. Zudem ist die
52 Ratifikation auf der Ebene der EU-Gemeinschaftsinstitutionen Rat und Parlament
53 bereits abgeschlossen. Nur ein neuer Verhandlungsprozess mit Bürger- und
54 Parlamentsbeteiligung von Anfang an kann ein akzeptables Abkommen hervorbringen.

55 Die Menschen verlangen zurecht nach Transparenz und der Möglichkeit der aktiven
56 Beteiligung bei gesellschaftsrelevanten Prozessen und Verträgen. Dies zeigt auch
57 die überwältigend große Beteiligung am Volksbegehren gegen CETA. An nur einem
58 einzigen Tag haben mehr als 50.000 Bayer*innen das Volksbegehren unterschrieben.
59 Dies nicht nur, weil sie CETA ablehnen, sondern weil sie sich beteiligen
60 möchten.

61 Dass die bayerische Staatsregierung sich diesem Wunsch versperrt hat, ist eine
62 vertane Chance. Gerade eine Staatsregierung, die mit ihren umstrittenen
63 Volksbefragungen selbst vorgeblich dem Bürger*innenwillen mehr Geltung
64 verschaffen wollte, hätte durch eine Zulassung des Volksbegehrens beweisen
65 können, dass Sie das Wahlvolk tatsächlich ernst nimmt.

66 Politik muss auch in Bayern endlich den Bürger*innen zuhören. BÜNDNIS 90/DIE
67 GRÜNEN werden daher den 50.000 Bürger*innen Gehör schenken, die CETA so nicht
68 wollen, und in den Parlamenten entsprechend handeln.

69 ***Fairer Handel mit starker Staatlichkeit statt Neoliberaler Heilsbotschaften***

70 Bayern und Deutschland profitieren vom Welthandel. BMW, Audi, Siemens und die
71 zahlreichen „Hidden Champions“, die unbekannten Weltmarktführer in den Regionen,
72 würden nicht so zum Wohlstand Bayerns beitragen, wenn der Handel mit zu vielen
73 Hindernissen belegt wäre. Trotz des wirtschaftlichen Erfolges hat sich aber das
74 reale Einkommen in Deutschland für 40 Prozent der Menschen seit 1999 unterm
75 Strich nicht erhöht. Ausschlaggebend hierfür sind allzu freie Marktkräfte ohne
76 ausreichende Transparenz, Steuerung und Umverteilung.

77 Konzerne, die ihre Gewinne verlagern und so Steuern umgehen, und Manager*innen,
78 die – mit dem Verweis auf den angeblichen Weltmarkt – ihre Bezüge in
79 unanständige Höhe schrauben sind nur die Spitzen dieses Befunds. Mit
80 dereguliertem Handel gewinnen ökonomisch Starke hinzu, ökonomisch Schwächere
81 werden immer verlieren. Handel ohne Regeln ist nicht fair, sondern macht Reiche
82 reicher und Arme ärmer.

83 Wir müssen daher den Welthandel radikal reformieren. Wir brauchen fairen Handel,
84 denn nur dieser ermöglicht Freiheit. Daher fordern wir Grüne internationale
85 Regeln, die den Standort- und Steuerwettbewerb beenden, mehr soziale
86 Gerechtigkeit schaffen, den Klimawandel aufhalten und eine ausgeglichene
87 Handelsbilanz fördern.

⁸⁸ CETA leistet das nicht, es ist ein vielmehr das „Weiter so“ mit der schädlichen
⁸⁹ Handelspolitik. Europa und Kanada sind sich kulturell vergleichsweise nahe.
⁹⁰ Diese Basis gilt es zu nutzen, um den Welthandel zum Besseren zu verändern. Ein
⁹¹ Aus für CETA in seiner jetzigen Form, ist dazu der erste und entscheidende
⁹² Schritt.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Verena Osgyan (KV Nürnberg); Stephanie Schuhknecht (KV Augsburg-Stadt); Markus Ganserer (KV Nürnberg); Beate Walter-Rosenheimer (KV Fürstenfeldbruck); Thomas Mütze (KV Aschaffenburg-Stadt); Erhard Grundl (KV Straubing-Bogen); Martin Heilig (KV Würzburg-Stadt); Gabi Drechsler (KV Nürnberg-Land); Ruth Halbritter (KV Neustadt-Aisch/Bad Windsheim); Markus Büchler (KV München-Land); Marianne Schwämmlein (KV Fürth-Land); Lisa Badum (KV Forchheim); Heiner Schmidt (KV Kitzingen); Irene Dziekan (KV Neustadt-Aisch/Bad Windsheim); Christine Schoerner (KV Hof); Sabine Stellrecht-Schmidt (KV Miltenberg); Martin Stümpfig (KV Ansbach); Christian Schneider (KV Fürth-Stadt); Florian Braunreuther (KV Main-Spessart); Alena Damerow (KV Fürth-Stadt); Christian Zwanziger (KV Erlangen-Stadt)